

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6188  
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3164

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 24 000 Exemplaren.

## Inhalt.

Das Scharfmachertum in der Stadtverwaltung zu Halberstadt. — Brief aus Köln. — Die Versammlung. — Aus unserer Bewegung. — Vermischtes. — Sprechsaal. — Anzeigen.

## Das Scharfmachertum in der Stadtverwaltung zu Halberstadt.

Mitte Januar d. J. erfolgte in Halberstadt die Gründung des Verbandes. Zuerst erklärten von den über hundert städtischen Gasarbeitern etwa vierzig ihren Beitritt. Die Sache ging in aller Eile vor sich. Die Halberstädter Gasarbeiter beabsichtigten ihre in mancher Beziehung sehr verheerungsfähige Lage zu heben. Die Stundenlöhne betragen 2, 30 Mk., es besteht noch die Vierundzwanzigstundenschicht. Das Mühlungsweien blüht üppig unter einem „patriarchalen“ Regiment, das mit Stehlenprämien, Weihnachtsprämien und dergleichen Mitteln nach Guust und Kame höflich schaltet und waltet.

Dem Gaswert steht ein Direktor vor, der mehr Gehalt als der Bürgermeister und außerdem eine ziemlich fetten Entlohnungssysteme besitzt. Die Lantime betrug im letzten Rechnungsjahr allein 3000 Mk. Der Herr Zint, so ist sein schätlicher Name, gehört also demnach zu den prominenten Persönlichkeiten der Stadt und außerdem wird er als ein tüchtiger Verwaltungsbeamter in seinem Sprengel gelobt. Nachdem wir unserem Leserkreis die Bekanntschaft des Herrn Direktors Zint von der einen Seite vermittelt haben, wollen wir auch die andere, für die organisierte Arbeiterchaft so wichtige, nämlich die soziale, nicht unberücksichtigt lassen und da können wir uns kurz mit folgender Charakteristik begnügen: Gewalt oder Hebermenschen. Soziale Einheit gleich Null. Der Herr Direktor Zint war es, der an der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter Anstoß nahm und aus offen und ungeniert brutale Willkür spielen ließ. Als vernommen, daß sich ein Teil „seiner“ Arbeiter unserem Verbande angeschlossen und somit von dem ihnen zustehenden, gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machten, ließ er den Arbeiterausschuß sofort zusammentreten und außerdem zwei organisierte Arbeiter. Denen setzte er auseinander, daß er nicht dulden könne, daß auf dem Gaswert beschäftigte Arbeiter sich einem Verbande anschließen. Zuerst fragte er nach dem Grunde der Abkehr und was die Forderungen und Bedingungen des Verbandes seien. Auf Grund der Statuten und des § 152 der R. G. O. antworteten die Arbeiter. Herr Direktor Zint erwiderte, daß die Arbeiter nichts alles hätten, was der Verband fordere, sogar einen Ausschuß und einen Arbeiterausschuß (beides aber von Direk-

tors Gnaden, D. H.) und er hätte auch erst um Erlaubnis gefragt werden müssen, ob auf „seinem“ Werk ein Verband gegründet werden dürfe. Er sei also gegen den Verband. Nun richtete der Herr Direktor an die beiden organisierten Kollegen die dreiste Frage, ob sie nun aus dem Verbande wieder austreten wollten. Auf die verneinende Antwort erklärte er ihnen: „Sie sind sofort entlassen.“ — Einer der Entlassenen fragte: „Werden wir deshalb entlassen, weil wir der Organisation angehören?“ Hierauf antwortete Herr Direktor Zint: „Jawohl.“

Dann berief der Herr Direktor Zint eine Versammlung „seiner“ Gasarbeiter ein und setzte ihnen auseinander, daß ein Verband für die Arbeiter sehr überflüssig sei. Die Arbeiter hätten eine Betriebskrankenkasse, Weihnachtsgratifikationen usw. Dann ließ er namentlich abstimmen, wer für den Verband sei, solle „Berlin“ und wer für ihn, den Herrn Direktor sei, solle „Halberstadt“ sagen. Um über die Bedeutung der Abstimmung keinen Zweifel zu lassen, fügte der Herr Direktor noch hinzu: Wer für „Berlin“ ist, ist innerhalb des Tores, wer für „Halberstadt“ ist, ist außerhalb des Tores. Durch diese durchaus geschickliche Methode schiederte er die meisten Leute natürlich ein, aber jedes Mann blieben standhaft und stimmten mit „Berlin“. Diese Sechser wurden sofort entlassen und aus dem Lokal gewiesen. Von den Arbeitern, welche die direktorale Versammlung nicht besuchen konnten, stimmten nachträglich noch einige für „Berlin“, so daß im ganzen zwölf Mann wegen Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Rechte entlassen wurden. Nun haben wir aber nicht nur einen § 152, sondern auch einen § 153 in der Reichsgewerbeordnung, der in der Praxis allerdings nur gegen Arbeiter angewendet wird. Er lautet:

„Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurteilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.“

Gegen den Wortlaut und den Sinn der §§ 152 und 153 hat der Herr Direktor offensichtlich mit Absicht und vollem Bewußtsein verstoßen. Deshalb nennen wir ihn hier einen **Gesetzesverlezer**, und wir sind neugierig, ob der Herr strafrechtlich zur Verantwortung gezogen wird.

Alle Verträge und Verhandlungen mit dem Herrn Direktor und dem Herrn Bürgermeister Dr. Gerhardt, dem neu-gewählten Stadtoberhaupt, um die Entlassenen wieder in Arbeit zu bringen, waren vergeblich. Alle angeknüpften Verhandlungen scheiterten an dem ablehnenden Standpunkt des Herrn Direktors, den auch der Magistrat sich zu eigen machte.

Von den Entlassenen standen mehrere über 2, 3, 4 und 5 Jahre im Dienste und andere erst kürzere Zeit.

Im Stadtverordnetenkollegium kam die Sache am 6. Februar 1906 zur Verhandlung. Stadtverordneter Gerlach interpellierte den Magistrat, ob der Herr Zint selbständig oder im Einverständnis des Magistrats vorgegangen sei und

was der Magistrat zu tun gedenke, um für die Folge das Koalitionsrecht der Arbeiter zu sichern. — Der erste Bürgermeister, Dr. Gerhardt, bekam es aber fertig, dem Stadtverordneten Gerlach zu erklären, daß er die gesetzlichen Bestimmungen vollständig mißverstanden habe.

Herr Bürgermeister Gerhardt führte weiter aus:

Der § 152 der Gewerbeordnung besagt nur, daß die Strafbestimmungen über das Inverbindungsrecht aufgehoben sind, früher war es strafbar. Damit ist doch aber nicht gesagt, daß man beide, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, tun und lassen können, was sie wollen. Es sollte aber hier niemand verhindert werden, an solcher Verbindung teilzunehmen. Ich persönlich erkenne das Koalitionsrecht an und habe mich schon darüber offen ausgesprochen. Es wird auch niemand im Saale anwesend sein, der gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ist. Wer würde wohl heute noch gegen die Vereinigung sein? Es war aber zweckmäßig, so zu handeln, wie geschehen ist; es lag im Interesse der Stadt und der Sicherheit der Gasanstalt. Warum wurde hinter dem Rücken des Direktors und des Arbeiterausschusses agiert? Ein Beweis, daß die Sache doch wesentlich anders lag, als sie der Stadtverordnete Gerlach hinstellte. Auch idemien keine Ausführungen auf solchen Interventionen zu beruhen. Man hätte vorher den Direktor danach fragen sollen, der über alle Einzelheiten gut orientiert ist. Den Vertreter des Verbandes habe ich aus bestimmten Gründen nicht empfangen. Die Arbeiter haben mich um Wiedereinstellung gebeten. Ich sagte ihnen darauf, wenn sie mir eine schriftliche Erklärung geben würden, daß der Verband für sie keinen Zweck habe, dann würde ich sofort eine Magistrats Sitzung einberufen. Abtätlich habe ich auf eine mündliche Erklärung verzichtet, damit sie nicht unter meinem Einflusse eine Erklärung abgeben sollten, die sie später bereuten. Deshalb gab ich ihnen den Rat, sie sollten sich das in Ruhe überlegen und mir dann schriftlichen Bescheid zukommen lassen. Dies ist nicht geschehen, und ich habe dann verschiedene Tage hindurch von den Arbeitern nichts gehört. Den entlassenen Arbeitern gegenüber waren weitere Erklärungen nicht nötig, da sie genau wußten, warum sie entlassen waren. Wir städtischen Beamten mußten so handeln. Wir haben also nicht gegen die Gesetze verstoßen, sondern lediglich im Interesse der Stadt sowie der Bürgerschaft gehandelt, und deswegen kann uns kein Vorwurf treffen.

Diese bürgermeisterliche Logik ist ja unbezahlbar. Mit ihrer Hilfe beweist man, daß weiß nicht weiß, sondern schwarz ansieht. Jedenfalls hat kein Staatsbürger es nötig, wegen der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte erst um Erlaubnis zu fragen. Rechte werden ohne Erlaubnis ausgeübt. Dafür sind es eben Rechte. Das könnte der Bürgermeister auch wissen. Dann noch eins: Der Mann nennt sich aus liberal. Man ist versucht, auf manche liberale Bürgermeister in Deutschland das Wort anzuwenden, welches kürzlich bezüglich der beiden englischen „liberalen“ Minister Asquith und Haldane ausgesprochen wurde: Mit dem Bekenntnis des Liberalismus auf ihren Lippen, sind sie Despoten im Herzen.

Nun folgt die

**Rede des Gasdirektors Zink.**

Die soll in ihrer ganzen Schönheit hier glänzen:

Als die Frage an mich herantrat wegen der Organisation „meiner Leute“, da fanden sich drei Parteien: Das „Ich“, die Verwaltung und die Arbeiter, die sich nicht organisieren wollten. Ich bin kein Feind der Organisation, sondern ein Freund der „Freiheit“. Wenn die Arbeiter sich organisieren wollen, so ist das ihre Sache. Als ich aber das Statut durchsah, fand ich, daß wir auf unserem Gaswerk alle diese dort als erstrebenswert bezeichneten Einrichtungen hatten. Auch wollte ich die Arbeiter schützen vor dem bekannnten Terrorismus. Daß mir dies keinen Ruhm und keine Ehre einbringen würde, wußte ich. Aber unbekümmert darum lag mir das Wohl und Wehe „meiner“ Arbeiter am Herzen. Sie wissen, daß ich gern für sie Sorge. Sie sind frei; sie haben einträgliche Kündigung; wenn's nicht mehr gefällt, kann gehen, und wer wiederkommen will, kann wiederkommen. Auf unserem Gaswerk ist es auch nicht so schlecht, das beweist die Lohnabelle an der Wand. Die Arbeiter sind pensionsberechtigt. Wir haben die Löhne ohne Anträge der Arbeiter angehört. Wir locken ihnen Kaffee, und so wird für alles gesorgt. (Dr. Crohn und Gerlach schütteln mit dem Kopfe.) Zink: Wenn Sie auch mit dem Kopfe schütteln, es ist so, wie ich sage. Warum kommen die Arbeiter dann immer so gern wieder? Ich habe dann in der Versammlung entscheiden lassen und da hat es sich gezeigt, daß außer den Entlassenen alle anderen für ihren Direktor waren und nicht für den Verband in Berlin. Die Organisationen der Kanalar und Zimmerer haben viel erreicht, das erkenne ich an. Aber die ungeeigneten Leute zum Organisieren und zum Streiken sind die Arbeiter in den Gasbetrieben, weil der Streik höchstens zwei bis drei Tage dauern würde. Die Organisation ist heimlich ins Leben gerufen, ohne daß der Direktor etwas davon wußte. Auch hat man dem Arbeiterausschuß davon keine Mitteilung

gemacht. Sonst werden von den Organisationen Arbeiterausschüsse gebildet, und diese hat man vollständig ignoriert. (Zu lag auch aller Grund vor.) Die Organisation ist von Leuten ins Leben gerufen worden, welche die Einrichtungen auf der Gasanstalt gar nicht kennen. Der Gewerkschaftsführer Kose und der Hand Schuhmacher Albert waren es, welche die Morte geschrieben haben. Später kam noch ein gewisser Verlobt aus Leipzig hinzu. Der Mann wußte nicht einmal, daß unsere Arbeiter pensionsberechtigt waren und der wollte hier organisieren. Ich habe Waldmann gefragt: was haben Sie für Bedingungen in Ihrem Verband? (Dr. Crohn: Das ging Sie gar nichts an!) Darauf erhielt ich zur Antwort: Verkürzung der Arbeitszeit, Einführung des Achtstundentages, geregelte Verteilung des Lohnes, Aufbesserung der Löhne usw. Nun siehe ich dem Achtstundentag freundlich gegenüber und weiß, daß er durchführbar ist. (Dr. Crohn: Lad doch lassen Sie noch 21 Stunden Schichten machen?) Daß der Achtstundentag noch nicht eingeführt ist, liegt nicht an mir, sondern an den gegebenen Verhältnissen. Es ist stets mein Bestreben, für Wohlthaten an den Arbeitern einzutreten. Daß die Löhne aufgebessert wurden, haben die Arbeiter lediglich mir zu verdanken. In 14 Jahren ist nicht ein Fall zu verzeichnen, in dem Arbeiter irgend eine andere Unterstützung nötig gehabt hätten. Deshalb wandte ich mich dagegen, daß jedes Jahr 1500 Mt. nach Berlin kommen, wovon die Arbeiter gar keinen Nutzen hätten. Das wäre also während der 14 Jahre bis heute eine Summe von circa 21000 Mt. geworden, und nach den Personen, die ich erbringen kann, hatte kein Arbeiter einen Groschen davon gehabt. Das Geld wäre lediglich zu anderen Zwecken verwendet worden. So verteilen wir jedes Jahr zu Weihnachten an bestimmte Arbeiter, bei denen es angebracht ist, Geschenke in barem Gelde, je nach Alter und der Zeit, die der Arbeiter auf dem Gaswerk beschäftigt ist. (Gerlach: Dadurch wird das Spekulum gefördert.) Diese Gelder werden für die Arbeiter aus Sparkassenbücher angelegt und ich habe sogar diese Bücher den Arbeitern eingehändigt. Es steht ihnen auch frei, Geld abzuholen, aber ich habe ihnen gesagt: wenn Sie mir eine besondere Freude machen wollen, dann sparen Sie fleißig. Das ist alles mein Werk (zu Dr. Crohn und Gerlach wenden), so was bringen Sie mit Ihren Organisationen gar nicht fertig. (Gerlach: Sie haben ja gar keine Abnung davon!) Die Unterstützungsliste, die gegründet wurde, ist mit voller Hebereiinstimmung der Arbeiter entstanden. Die Abmünzung war geheim, 78 stimmten dafür und nur 8 dagegen. Hier können nun die Arbeiter ihre Groschen los werden, aber das Geld steht ihnen jederzeit zur Verfügung; was sie damit machen, soll mir gleich sein. Einen Verband haben wir auch, nämlich den Gewerksverein. Somit ist alles das vorhanden, was der Berliner Verband haben will. Satten aber erst die Arbeiter die Macht, so mußten wir uns ihrem Willen fügen, oder es wurde geübt; war hier dazu kein Grund vorhanden, so wurde einmal aus Solidarität geübt, wie es in vielen anderen Städten schon geschehen ist. Also wir durften es nicht geschehen lassen, daß sich schließlich die händischen Arbeiter nach dem Willen eines Kose oder Hand Schuhmachers Albert richteten, sondern nach dem Willen des Direktors und des Magistrats. Nicht die Stadtverordneten Crohn und Gerlach haben hier die Wünsche der Arbeiter zu vertreten, sondern ich und die Verwaltung! Auf dem Gaswerk bin ich Kapitälator und Organisator und draußen vor dem Tore der Zimmermann Kose und der Hand Schuhmacher Albert. Ich weiß nunmehr, daß die Arbeiter der Gasanstalt zu ihrem Direktor halten. Das hat die letzte Abstimmung klar und deutlich ergeben, und nun bin ich beruhigt. Ich bin mir bewußt, lediglich im Interesse der Stadt und meiner Arbeiter gehandelt zu haben.

Wir enthalten uns jeder Kritik dieser scharfmacherischen Glanznummer. Unsere Kollegen mögen aus ihr lernen, was noch alles zu tun ist, um das soziale Verständnis in die Köpfe mancher kommunalen Verwaltungsorgane hinein-zubläuen.

Daß die beiden Herren von der Stadtverwaltung bei der Mehrheit des Halberstädter Stadtparlamentes großen Peitschfall ernten, ist kein Wunder bei der Zusammenlegung. Nur die beiden sozialdemokratischen Vertreter Gerlach und Dr. Crohn nahmen sich energisch des Koalitionsrechtes und der Arbeiter an. Nach einer ärökeren eindrucksvollen Rede des Stadtverordneten Dr. Crohn spielten die Herren Dr. Gerhardt und Direktor Zink noch einmal die plattesten Witzchen aus: „Die Stadt könne nicht über Prinzipien verhandeln.“ „Der Verband habe selbst in seinem Geschäftsbericht zugegeben, daß er vor Machtproben nicht zurücktrede und da müsse man die Stadt vor Schaden bewahren.“ „Jeder Arbeiter, dem es nicht mehr gefalle bei der Stadt, habe das Recht, zu jeder Zeit zu gehen.“ Die Gewerkschaften leiten keine Kulturarbeit, sondern die Beiträge der Arbeiter dienen nur dazu, den Führern zu einträglichen Stellungen zu verhelfen. (So eine einträgliche Stellung wie sie Herr Direktor Zink auf öffentliche Kosten der Stadt bekleidet, verbünden mit einer so jetten Lantione hat kein deutscher Gewerkschafts-



beamtet.) „Hier ist eine gründliche und schnelle Operation nötig gewesen zum Wohle der Stadt.“ usw.

Der weitere Verlauf der Debatte bot noch manche bemerkenswerte Einzelheiten, die wir aus Raumrücksichten fortlassen müssen. Nur noch einige kurze Bemerkungen. Stadtv. Strienis, ein bekannter Zimmermeister, sagte: Wir im Baugewerbe haben schlimme Erfahrungen mit der Organisation gemacht, und so kann man das Vorgehen des Herrn Zinf sehen verstehen. Aus der Organisation entstehen Gewalttätigkeiten und Schledtigkeiten. — Stadtv. Strüger, jetzt Millionen-Strüger genannt, steht auf dem Standpunkt, daß es durchaus kein Fehler sei, wenn man hier einmal über die Organisationsbestrebungen diskutiere. Auch er wolle den Arbeitern das Recht der Koalition zuerkennen. (Das merkt man.) Er sei ein Praktikus (das hat er tatsächlich bewiesen an dem erträgnlichen Stahlwerk Strügershall) und stehe auf dem linken Flügel der liberalen Partei. Der Linksliberale kommt zu folgenden Schlusfolgerungen: Hinter den Gewerkschaften steht die Sozialdemokratie, die den Umsturz predigt. Sie propagiert den Generalstreik. Hier heißt es nun Macht gegen Macht, Kampf gegen Kampf. Hierbei schlug Strüger mit seiner ehemaligen Zubrannnsaufst auf den Tisch, daß es laut frachte und brachte damit für seine linksliberale Anschauung schlagende Beweise. Es entstand allgemeine Unruhe im Saale und auf der Galerie. Der Vorstehende mahnte zur Ruhe. Strüger spricht weiter: Wenn ich auch die Organisation als berechtigt anerkenne, so halte ich die Organisierung der städtischen Gasarbeiter für sehr bedenklich und erblicke darin eine große Gefahr für die Stadt. Die Straßensieger können sich ja ruhig organisieren, da können im Falle eines Streiks die Straßen mal ruhig 14 Tage dreckig bleiben. Aber wenn die Gasarbeiter streiken, dann ist die ganze Stadt dunkel, aller Verkehr stockt und dann ist die Revolution da! Hiermit hatte die Diskussion ihr Ende erreicht und der Koalitionsrechtsraub ist auch im Stadtparlament sanktioniert worden.

Für uns als organisierte Arbeiter ist damit noch keineswegs die Sache aus. Wir haben auch bezüglich der Stadt Halberstadt in optima forma die Erfahrung machen müssen, daß auf dem Rathaus der Geldsackflügel herrscht und daß der Liberalismus Schall und Rauch ist, ganz so wie in der Weiserfachsrepublik oder in Breslau. Wahlrechtsräuberei, Koalitionsrechtsräuberei, was schadet das viel. Es richtet sich ja nur gegen Arbeiter. Aus diesem Vorgang lernen die städtischen Arbeiter wieder einmal erkennen, daß hier Selbsthilfe not tut. Selbsthilfe, die in der gewerkschaftlichen Organisation und politischen Betätigung liegt. Im festen Anschluß an die vorwärtstrebende organisierte Arbeiterschaft muß auch der städtische Arbeiter für die Durchführung einer gesunden Sozialpolitik in der Gemeinde wirken.

Die nächsten Aufgaben liegen also in der unausgesetzten Bekämpfung des kommunalen Scharfmacherturns, und in der Ausbreitung unseres Verbandes. Der scharfmacherische Direktor Zinf sagte selbst: „Wenn alle Arbeiter mit „Berlin“, d. h. für den Verband gestimmt hätten, dann hätte er nichts dagegen machen können.“

Es ist heute noch der Trost aller Scharfmacher à la Zinf und Genossen, daß die Arbeiter unter sich uneinig sind.

Das wird sich aber auch in Halberstadt ändern. In einer großen öffentlichen Protestversammlung am 7. Februar wurde die kommunale Scharfmacherpolitik entschieden verurteilt. Diese brutale Abwürgung einer eben entstehenden Verbandsszifiale und die rücksichtslose Anwendung der Summepolizei gegen 12 arme Arbeiterfamilien wird nicht nur allein von allen organisierten deutschen Gemeindegarbeitern als ein höchstbedauerlicher Schlag ins Gesicht empfunden, nein, überall nicht hoch in den flammenden Protest gegen diese würdelose Behandlung auch der Schwur, nicht eher zu ruhen, bis all die reaktionären Frechdache, Wahlrechts- und Koalitionsrechtschänder einmal gründlich aufs Haupt geschlagen sein werden!

**Brief aus Köln.**

Unsere Organisation hat sich in Köln gut eingeführt, besser wie man's dachte. Die Arbeiterauschusswahlen in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken am 11. und 12. Januar brachten uns einen vollen Erfolg, hinter welchem selbst unsere kühnsten Erwartungen

zurückblieben. Unsere Aufgabe wird nun darin bestehen, die Mitglieder der Ausschüsse über das Wesen kommunaler Arbeiterpolitik aufzuklären und ihnen die richtigen Wege zu weisen, die zu beschreiten sie die Pflicht haben, wenn anders sie nicht ihre Mitarbeiter, ihre Wähler, enttäuschen wollen.

Ohne Arbeit werden die Arbeiterauschüsse nicht bleiben. Und das ist gut so. Bereits die erste Sitzung des Ausschusses III (Öffentliche Beleuchtung, Rohrlegung usw.) wird sich mit einer Eingabe der Laternenwärter zu befassen haben, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse nichts weniger als musterhaft sind. In Frage kommen an 250 Mann, die sich auf 17 Kolonnen, deren jeder ein Aufseher vorsteht, verteilen. Der Laternenwärter hat die mannigfaltigsten Funktionen zu verrichten. Zunächst muß er seine Laternen (45—65) anzünden und löschen. Das Löschende erfolgt in der Weise, daß derjenige, der um 11 Uhr löscht, des morgens und umgekehrt derjenige, der morgens löscht, die Nacht vom Dienst befreit ist. Sämtliche Laternen müssen in der Woche dreimal durchgeputzt werden, worauf streng geachtet wird. Sodann müssen die Glühkörper ausgewechselt werden. Diese Glühkörper werden aber teilsweil ins Haus geliefert; sie müssen in den Werkstätten in Empfang genommen werden. Das verursacht sehr viele Gänge. Das Aufstauen der Laternen gehört selbstredend mit zu den Obliegenheiten eines Leuchtenmannes. Ja, selbst kleinere Installateurarbeiten muß er verrichten können, wenn er als vollwertiger Wärter in Betracht kommen will. Kommt noch die Empfangnahme des Spiritus hinzu, andere Obliegenheiten sollen gar nicht weiter erwähnt werden. Nun drehe man die Sache wie man will, an einer 48—52stündigen wöchentlichen Dienstzeit kommen wir nicht vorbei. Was bekommt nun ein solch geplagter Leuchtenmann pro Tag an Lohn? Bis vor kurzem 2,50 Mk.! Auf Drängen der Organisation hat man sich verstanden, den Leuten mit 5 Jahren Dienstzeit 10 Pf., und jenen mit 10 Jahren Dienstzeit 20 Pf. Zulage zu geben. Eine derartige „Regelung“ konnte freilich niemand befriedigen. In einer gut besuchten Besprechung beschloß man nun, folgende Lohnforderung an die Verwaltung zu stellen: Anfangslohn 3 Mk. pro Tag, steigend alle 2 Jahre um 10 Pf. bis 3,50 Mk. Im weiteren soll um eine Veränderung des Dienstes nachgehacht werden derart, daß jeder Wärter in den Sommermonaten einen Sonntag im Monat vom Anzünden befreit ist.

An der nötigen Begründung dürfte es nicht fehlen. Sollte der Hinweis auf die teure Lebenshaltung nicht genügen, so hole man die Lohnskala hervor und verweise die Verwaltung auf folgenden Auszug:

Lautende Nr.	Dienst- Bezeichnung	Tageslohn		Zulagen		Der Söchtel- lohn wird erreicht in Jahren	Bemerkungen
		Anfangs- lohn	Söchtel- lohn	Wettag	Stift		
14	Laternen- wärter für Gas-, Petroleum- und Spiritus- Beleuchtung	2,50	3,—	5 mal 10 Pf.	2 Jahre	10	Der Lohn ist für normale Meviere festgesetzt. Bei besonderen Verhältnissen oder bei Hebernahme weiter. Laternen für jede weitere Laterne 5-10 Pf. pro Tag mehr

Die angezogene Lohnskala gilt ab 1. April 1905 bis auf weiteres. Es ist doch gewiß nicht anzunehmen, daß die Verwaltung ihre eigenen Verfügungen nicht mehr kennt. Wir sind daher davon überzeugt, daß dann die mannigfaltigen Mittel, mit denen heute das Lohnverhältnis der Laternenwärter umspinnen ist, gelöst werden.

Im übrigen hat jetzt der Arbeiterauschuss das Wort.

Auch die Installateure, Schlosser, Rohrleger usw. des Gas- und Wasserwerkes gedanken in eine Bewegung zur Erriingung besserer Lohnverhältnisse einzutreten. Hierzu haben die in Rede stehenden Arbeiter aber auch allen Anlaß. Der Mindestlohn für Handwerker, Monteur, Pfisterer usw. beträgt 3,50 Mk., der für die ungelanten Arbeiter zurzeit nur 3 Mk. Der Steigerungssatz beträgt ganze 10 Pf. Die Söchtelöhne werden in 10, 13, 14, ja bei den Handwerkern erst in 16 Jahren erreicht. Und dabei müssen die Arbeiter an allen möglichen Feiertagen der katholischen Kirche ausbleiben, wodurch deren Einkommen eine nicht unberächtliche Schwämerung erfährt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiter werden wir nächstens einmal besonders vornehmen müssen.

Die Gasanstaltsarbeiter werden wohl jetzt auch aus ihrer Reserve heraustreten müssen. Eine Bewegung derselben wird unsere Mitglieder sicher in den vorersten Reihen finden. Ob die Erfolge geglückt werden wie anderwo, diese Frage zu beantworten überlassen wir der Zukunft. Jedenfalls wollen wir nicht vergessen, daß den Köln er Gasarbeitern bisher das fehlt, was den Gas-

arbeitern in den anderen deutschen Städten ihre Erfolge garantierte: die Einheitslichkeit in der Organisation.

Die Handwerker und Hilfsarbeiter der Straßenbahnwerkstätten, die in ihrer Mehrheit unserem Verbands angehören, sind mit ihren Lohnverhältnissen auch nicht mehr recht zufrieden. Es fehlt zwar keineswegs ein sozialer Grundzug und diese soziale Seite der derzeitigen Lohnsituation wollen nun die Arbeiter auch unter keinen Umständen beseitigt wissen, nur die Lohnnormen als solche beantragen sie zu erhöhen. Der Anfangslohn für Handwerker beträgt zurzeit für solche unter 25 Lebensjahren 3,50 Mk., über dieses Alter 4 Mk., der ungelerneten Arbeiter 2,50 Mk., unter 25 Lebensjahren entsprechend weniger. Schon hinsichtlich des Anfangslohnes wirkt das Lebensalter bestimmend. Für jedes zurückgelegte Lebensjahr erhöht sich der Anfangslohn um 10 Pf. Ein Handwerker würde also, wenn er in seinem 30. Lebensjahre in den Dienst der städtischen Straßenbahn treten würde, einen Anfangslohn von 4,90 Mk. erhalten, der mit 40 Jahren parod. 40 Jahre darf ein Arbeiter überhaupt nicht alt sein, wenn er bei der Stadt mohn aufnehmen will. Der Höchstlohn wird mit 7,50 Mk. er reicht, der ungelernete Arbeiter fährt mit 1,50 Mk. ab. Freilich, mit der Handhabung der Lohnbestimmungen hat es auch so einen Haken. Ein Arbeiter mit 25 Dienstjahren hat immer noch nicht seinen Höchstlohn. Man kann aber auch anders. Wenn's nicht anders geht, zahlt man auch einmal höhere Löhne, als sie in der Lohnskala vorgesehen sind. Doch darüber wollen wir nicht rechten. Bekommt die Verwaltung zu den angedachten Löhnen keine Arbeiter, so ist uns dies ein Anzeichen, daß wir unsere Zeit nicht verschlafen sollen. Die fraglichen Arbeiter ersuchen nun in einer Eingabe die Lohnverhältnisse folgendermaßen zu regeln: Handwerker: Anfangslohn unter 25 Jahren 4,20 Mk., über 25 Jahren 4,70 Mk., steigend pro Jahr um 10 Pf., bis 6 Mk. Ungelernete Arbeiter: Anfangslohn unter 25 Jahren 3,70 Mk., über 25 Jahren 4,20 Mk., steigend wie oben bis 5 Mk.

Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes haben sich nun auch endlich besonnen und sich zum Teil unserem Verbands angeschlossen. Spät kommt die Erkenntnis, aber sie kommt, und das ist die Hauptsache. Ist nur einmal die durch nichts begründete Furcht vor der Entlassung überwunden, dann wird der Zeitpunkt sicher nicht mehr allzufern sein, wo sich auch die Arbeiter dieses Betriebes in derselben Weise betätigen werden, wie ihre Kollegen in den anderen städtischen Betrieben.

Die Feuerungszulage ist nun endgültig bewilligt. Es wird gewährt: für den Mann 10 Mk., für die Frau 10 Mk., für jedes Kind unter 14 Jahren 5 Mk. Der Höchstbetrag der Zulage ist 50 Mk. Zurzeit warten die Arbeiter auf die Auszahlung und eitel Freude herrscht in mancher Familie, da ja bald der große Tag kommen muß — wo man sich einmal ordentlich satt essen kann.

Wie bekannt, ist eine erhebliche Anzahl der hiesigen städtischen Arbeiter in den sogenannten christlichen Verbänden vereinigt. Man mag zu den Christlichen stehen wie man will, unter Umständen hätte man mit ihnen in diesem oder jenem Falle gemeinsam operieren können. Mit der Zeit müssen wir dazu übergehen, auch Materien unsere Aufmerksamkeit zu lenken, die die Allgemeinheit der städtischen Arbeitererschaft betreffen. So z. B. dem Ausbau der allgemeinen Bestimmungen, der Bezahlung der Arierlöhne, der Arbeitszeiterhöhung, des Lohnzahlungsmodus, der Alters- und Hinterbliebenenversicherung, der Schaffung von Beschwerdemöglichkeiten bei ungelerten Entlassungen, der Anerkennung der Organisation u. a. m. Aber wie allenthalben, so auch hier: die Herren von den christlichen Verbänden kommen über die Personen nicht hinaus. Unsere Sache können sie nicht betampfen, da sie hierbei Gefahr laufen, den Akt abzusagen, auf dem sie sitzen. Desto radikaler fallen sie über die Person des Verbandsvertreters, in diesem Falle über den Kollegen Schaefer, her. Eine Verhandlung in all den angeführten Fragen wird dadurch erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Im Grunde genommen ist es ja nicht Aufgabe der christlichen Gewerkschaften, für die Gebuna der Lage der Arbeiter zu sorgen, sondern zunächst die Arbeiter gegen die Arbeiter zu verbeiden. Eine Verhandlung kann ihnen also der Natur der Sache nach gar nicht in ihr Programm passen. Uns ist's natürlich auch so recht. Aufdrängen tun wir uns niemanden, am allerwenigsten den Herren Pfaffen und Genossen.

Des Lebens ungetriebene Freude wird seinem Sterblichen zuteil. Die Wahrheit dieses Dichterswortes sollte auch unsere Molner Axtle erfahren. Kommen wir von Beginn unserer Werksstätigkeit an konstatieren, daß die Verwaltungen als solche den Organisationsbestrebungen der Arbeiter nicht hindernd in den Weg trat, so machen wir auch hier die Erfahrung, daß im Gegensatz hierzu es die unteren Aufsichtsorgane sind, die dem Verbands Steine in den Weg legen wollen. In der Meldestelle Wasserturnm schwingt ein Revisor namens Herrmanns sein Szepter. Diesen wollen wir als Beispiel anführen. In einer Revisorenkonferenz hatte dieser Herr dem Herrn Inspektor die wichtige Meldung zu machen, daß die Leute sich organisiert hätten und streiken wollten. Dieser Revisor verriet sich also von vornherein. Dem Verband natürlich konnte er nichts anhaben. Aber ein Pfefor forderte er — und er fand es. Seinen Anträgen verbanden wir es, daß seit dem 3. Januar unser zweiter Vorsitzender ohne Arbeit ist.

Von dem Naturgesetz, daß Druck Gegenruck erzeugt, scheint nun Herr Herrmanns seinen blaffen Schimmer zu haben. Daß der Verband die Sache nicht so ruhig hinläßt, das hätte sich schließlich auch Herr Herrmanns sagen können, zumal er uns Angriffspunkte dufendfach bietet. Will man das Krügebeil gegen uns ausgraben, wohlun, wir werden unseren Mann stellen. hs

## Die Versammlung.

Die Arbeiterklasse bedarf für ihre Kämpfe der Belehrung, der Aufklärung. Dieses Amtzeug wird ihr vermittelt durch das geschriebene und gesprochene Wort. Das Geschriebene muß der Arbeiter nicht nur lesen, sondern auch verstehen und kritisch durchdenken und manche Stellen muß er wiederholt lesen, ehe er den Sinn erfährt, den Inhalt begriffen hat. Der Kapitalismus und seine Begleiterscheinungen: Not, Hunger, Erniedrigung lassen den Lohnsklaven nur einen Rest Kraft, der beim Durchschnittsmenschen nicht ausreicht zum Weiterbilden durch selbständiges Studium. Die geschriebene Form des Vortrages muß knapp sein; eine ausführliche Begründung des Gebotenen erfordert meist schon die Geduld. Beklebende Fächer aber lesen die Arbeiter in ganz verdrängender Zahl. Für den Durchschnittsmenschen ist heute die Zeitung das gebräuchteste Bildungsmittel, die ihn fortentwickelt oder verblödet, je nach ihrem Inhalt. Die Zeitungen müssen in der öffentlich ständigen Sprachweise abhalten sein; die Ausführlichkeit, das verständnisvolle Eingehen auf die Partizipationsfähigkeit der Leser, den Inhalt müssen sie sich schon allein aus technischen Rücksichten versagen.

Zugewogen ist der Arbeiter dem Wissen, welches ihm durch Vorträge abgeben wird, zuwider. Der Vortrag in der Versammlung ist ein geeigneteres Mittel für Aufklärung und Belehrung, wie auch dazu, Begeisterung zu entfachen, die nun einmal im Massenkampf ein bedeutender Faktor besonders bei Lohnkämpfen und sonstigen offenen Aktionen ist. Auch dabei soll natürlich der Hörer das ihm durch den Referenten Gebotene nicht unbesehen aufnehmen, um es bei ihm passend scheinender Gelegenheit als eigenen Gedankeneigentum an den Mann zu bringen. Solche „geistigen“ Wiederholer, die einzelne und meist die radikalsten und auch zugleich oberflächlichsten Stellen eines Vortrages sich merken, weil gerade diese ihnen besonders munden, da sie an ihr Denkvermögen keine hohen Anforderungen stellen, sind geradezu ein Ärgnis in der Arbeiterbewegung. Nur der kann überzeugend seine Sache vertreten, der selbst von ihrem Werte überzeugt ist. Den Wert muß er begriffen haben; im kritischen Erwägen des Für und Wider muß er zu seiner Überzeugung gekommen sein, daß es nur so sein kann und nicht anders. Mit einer durch eigenes Nachdenken gewonnenen Überzeugung ist auch der im allgemeinen ungebildete Arbeiter jedem Gegner gewachsen.

Also muß auch das mündlich Vorgebrachte durchdacht werden. Dieses Denken jedoch ist für den durch physische Arbeit ermüdeten Geist leichter als unter der Lampe beim Buch. Dabei ruht das Auge. Von dieser Anstrengung ist der Körper beim bloßen Hören entlastet. Seinem natürlichen Bedürfnis nach Ruhe und Erholung wird beim gesprochenen Vortrag mehr Rechnung getragen. Der Arbeiter sitzt vielleicht beim Glöckler, raucht seine Pipe, streckt seine müden Glieder von sich und befindet sich so in einem verhältnismäßig wohligen Zustande. So laßt er den Vortrag auf sein Hirn wirken, halt sein, was ihm wertvoll erscheint, um es im eigenen Denkprozeß sich zu gestalten.

Selbstverständlich sollen auch einzelne, die dazu Fähigkeiten und Kräfte haben, ihr Wissen aus Rednern schöpfen.

Diese Ausführungen aber zwei Möglichkeiten, dem Arbeiter Wissen zu bieten, habe ich vorausgeschickt, weil ich der Meinung bin, in allen Versammlungen sollte, wenn irgend möglich, den Kollegen etwas Belehrendes geboten werden. Im allgemeinen müssen unsere Versammlungen aus zwei Teilen bestehen: Der erste Teil müßte einen Vortrag oder eine Vorlesung bieten mit oder ohne Diskussion, je nach der Reichhaltigkeit der Tagesordnung und der vorhandenen Zeit. Im zweiten Teile wären dann die Tagesfragen und Verwaltungsangelegenheiten zu erledigen.

Während eines Vortrages und der Diskussion darüber nehmen die Versammlungen meist einen sachlichen Verlauf. Die Redner oder, besser gesagt, die Gemüter plätschen erst aufeinander bei den hundertfältigen Fragen des Aktenkopfes, die in den Versammlungen erledigt werden müssen. Daß auch diese Diskussionen in sachlichen Bahnen bleiben, dafür ist die Ahtabverwaltung in erster Linie verantwortlich zu machen, wie sie überhaupt dem Gange der Verhandlungen den sachlichen und ernsten Inhalt zu geben hat, durch welche Eigenschaften sich jede Arbeiterversammlung auszeichnen sollte.

Die Ahtabverwaltung muß vorher in einer Vorstandsitzung die Tagesordnung für die Versammlung festlegen, sie gebort durch beraten und für etwa zu stellende Beschlüsse Anträge formulieren. So ist die Versammlung vorzubereiten. Natürlich kann die Versammlung die Anträge der Verwaltung verwenden, wenn sich an der Diskussion sachlichere ergeben, selbst dann aber hat die Versammlung durch die Vorbereitung der Verwaltung die sachliche



Nichtung erhalten, die nötig ist, Klarheit über den Verhandlungsgegenstand zu schaffen und den Kern, worauf es ankommt, herauszuschälen.

Eine durch viele Filialen und Sektionen sich windende gestrige Schlinge ist die persönliche Anfeindung einzelner Kollegen untereinander. Davon wissen alle, die es ernst mit der Arbeiterfrage meinen, ein trauriges Lied zu singen. Da haben sich ein paar Kollegen bei irgend einer Gelegenheit entzweit. Sie bilden sich ein, Stützen der Organisation zu sein und mit ihrem Ehrgefühl soll auch gleichzeitig die Ehre der Organisation verleiht werden sein. Da muß natürlich repariert werden und das kann nur in der Organisation geschehen. „Wozu brauchen wir denn sonst einen Verband?“ kann man bei solchen Gelegenheiten manche gekränkte Luftschald fragen hören. Die „Sache“ wird also in der Versammlung von jeder Seite mit den härtesten Worten vorgetragen und dabei die gegenseitige Erbitterung aufs höchste gesteigert. Es bilden sich Parteien, und die Gehässigkeit wird auf die übrigen Mitglieder übertragen. Der Streit dieser „führenden“ Kollegen verdirbt nicht nur eine Versammlung; er zieht sich zum Schaden der Feinde der Arbeiterbewegung fort oft Jahre hindurch und hat schon mancher aufblühenden Filiale das Lebenslicht ausgeblasen. An einen fruchtbringenden Kampf gegen das Unternehmertum ist in solchen Situationen natürlich nicht zu denken.

Dagegen muß, als Grundsatz festgehalten werden: der einzelne Kollege hat seine persönlichen Interessen dem Gesamtinteresse der Organisation zu unterordnen. Ein vernünftiger Mensch wird überhaupt darauf verzichten, sein gekränktes Ehrgefühl von anderen beunruhigen zu lassen. Wer das Bewußtsein hat, immer noch beitem können seine persönlichen Ewertreibereien zerschellen. Der alte Schwedentönig Gustav Adolf soll einmal gesagt haben mit Bezug auf einen prächtigen Mürkschen: „Seht ihn auf die Faust und nicht auf das Maul!“ Das gilt auch noch heute von und für jeden Menschen. Wir bilden uns die richtige Meinung von ihm, wenn wir nach seinen Handlungen ihn bewerten und wir lassen ruhig die Menschen über uns urteilen, wenn wir selbst unsere Handlungen verantworten können vor dem Richterstuhl unseres Gewissens.

Am Anfang war die Tat.

Wären alle Kollegen, denen wirkliches oder vermeintliches Unrecht geschieht, sich sagen: „Nicht auf dich kommt es an, sondern auf das Fortdauern der Arbeiterbewegung, und wenn ich mit dem Verzicht auf mein Recht die Organisation fördern kann, so ist es meine unabweisbare Pflicht, mich zu beiseiden und in meinen Handlungen für die Organisation Verzeihung zu suchen.“

Wegen die Verlegung persönlicher Streitigkeiten in die Versammlungen gibt es ein bewährtes Mittel: Die Beschwerdekommision. Müssen Zwistigkeiten der Kollegen unter einander zur Verhandlung gemacht werden, so sind solche unangenehmen Entscheidungen vor die Beschwerdekommision zu verweisen. Nachdem einzelne Fälle Versammlungsbeschlüsse notwendig, dann hat die Beschwerdekommision entsprechende Anträge zu formulieren und sie der Versammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei hat der Versammlungsleiter zu verhindern, daß die ganze Geschäftigkeit im Plenum noch einmal durchgefahrt wird. Wer nach solcher Behandlung seiner persönlichen Angelegenheiten dennoch glaubt, ihm sei Unrecht geschehen und weiter klagt, der muß ignoriert werden von allen vernünftigen Kollegen.

Noch einen anderen Uebelstand gibt es, worunter unsere Versammlungen leiden. Wohl tritt er nicht so bösartig auf, wie das persönliche Gezanke, aber dennoch wirkt er ebenso störend auf die Verhandlungen und deren regulären Fortgang. Es gibt nämlich in allen Filialen ein paar — es sind glücklicherweise immer nur wenige — Kollegen, die da glauben, sie seien die menschgewordene Revolution. Sie haben mit weiland König Salomo aus einer Schüssel Geister; in ihrem Hirn wohnt der Gedankenreichtum aller großen Geister aller Zeiten, mit den Theorien der Arbeiterbewegung spielen sie nur so Langball und in Fragen der Taktik sind sie unüberkroffene Meister. Ja, wenn sie nicht wären! Ohne sie gäbe es überhaupt keine Organisation. Das alles sagen sie von sich selbst jedem, der es hören oder auch nicht hören mag. Und das „schönste“ an solchen Kutterkollegen ist, sie rufen immer zur rechten Zeit auf: gerade wenn die Organisation am Bande des Verderbens ist, werden sie ihre Persönlichkeit in den Kampf und erringen sich den Scheinpreis um die Errettung der Arbeiter! wegen. Die Organisation aber ist — oder ist es ihre Eigenschaft? — in jeder Versammlung mindestens ein Duzend Mal in Gefahr. Und da müssen sie natürlich in Aktion treten. So reden sie in einer einzigen Versammlung wohl ein Duzend Mal und immer mit der größten Yngantant. Sie schreien bis zur Erschöpfung, bis sie schließlich lungentendend auf den Stuhl zurückfallen. In ruhigen Zeiten werden solche erpösten Reden ja wenig ernst genommen, aber bei Streiks und Ausperremachen sind sie eine willkürliche Gefahr. Die Versammlungen, unter welchen ein Volkampf gewonnen werden kann, richten sich nicht nach den Wünschen und Gefühlen der Kollegen und wenn diese auch mit noch so großer Prägnanz in die Versammlung hineingeföhrt werden. Die „allmächtigen Verhältnisse“, an denen so mancher hatte Volkampf scheiterte, sollen studiert werden vor dem Beginn des Kampfes, sie sollen auf ihre Wandlung während

des Kampfes mit Einsicht und ruhiger, leidenschaftsloser Erwägung gepriift werden. Und stellt es sich heraus, daß die Niederlage auf Seiten der Arbeiter sein wird, dann ist der Kampf aufzuheben. Wer in solchen unglücklichen Situationen zuerst den Mut hat, den Kollegen den Abbruch des Kampfes zu empfehlen, der vollführt eine wirkliche Tat. Dann aber treten die gekennzeichneten Schreier in Aktion. Verder finden sie in der Menge der Kollegen immer Anhalt, denn auch diese kann es nicht begreifen, warum sie den Kampf abbrechen soll, bevor die Massen leer gestreift sind. Wer dann recht radikal auftritt, gehörig mit Phrasen um sich wirft, der findet unter den Kollegen, die mahnutig um sich werfen, immer einen Anhang. So ist durch solche Kraftmenschen mancher aussichtslose Volkampf in die Länge gezogen worden und hat der Organisation Tausende Mark nutzlos gekostet.

Einer anderen Spezies dieser Kutterkollegen fehlt es an dem nötigen Yngantmaterial, sie sind haushalterischer mit der Ruhe, aber darum auch um so öder für die bedauernden Zuhörer. Sie reden und reden und reden, treten dabei von einem Fuß auf den anderen, verzehren den Mund, als gekommen sie durch die Maulmuskelschmannstille neue Gedanken und setzen den einzelnen Gedanken, den sie haben, immer wieder durch die Zähne. Und sind sie an seinem kurzen Ende, dann knüpfen sie ihn vorne wieder an. Zulezt lassen sie ihr Redebädlein ruhig weiter plätschern, geben ein paar Phrasen hinzu, bis schließlich ihre Sprachwerkzeuge nicht mehr wollen. Mit Genugtuung setzen sie sich; sie haben hob reden gehört, waren dabei „ruhig“ und „sachlich“. Das befriedigt sie.

Das sind die Schwedenskollegen aller Versammlungen. Jede Geschäftsordnung sollte diese beiden Bestimmungen enthalten. „Zu einer Sache darf derselbe Redner höchstens zweimal reden“ und „Vortmeldungen für den Punkt „Verschiedenes“ sind vor Beginn der Versammlung beim Bureau einzureichen“.

Redekundige Kollegen, die zu einer Sache nicht auf ihre Redemanna kommen, verüben immer wieder, ihr Stöckchen, von dem sie bieten sich ihnen der Punkt „Verschiedenes“ als eine Rennbahn fondergleichen.

Aber die Geschäftsordnung und die strenge Handhabung derselben und auch die Vorbereitung der Versammlung durch die Filialverwaltung genügen allein nicht, den Geist der Vertäglichkeit, den Sinn für das Sachliche und Wirkliche in die Versammlung hineinzubringen. Da ist es notwendig, daß jeder sprechende Kollege Selbstbeherrschung und Selbstkritik übt, daß jeder sich bemüht, auch während der erregtesten Debatten ruhig, sachlich, kurz und deutlich zu sein. Und vor allem eins: Wer in sich das Zeug zum Reden glaubt zu haben, dem ist dreierlei vonnöten: erstens soll er lernen, zum zweiten muß er lernen und drittens, er muß lernen. Wer nichts weiß, kann nichts erzählen und wer dennoch spricht, der täte der Sache größeren Nutzen, er schweige.

### Aus unserer Bewegung.

**Varmen.** Die am 29. Januar stattgefundene Generalversammlung war gut besucht. Kollege Anuth gab die Abrechnung vom 4. Quartal. Ihm wurde Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Wegfahrt I. Vorsitzender, Schör II. Vorsitzender, E. Tunné Schriftführer, Anuth Kassierer, Hartmann, Vülle und Wöhring Revisoren. In Revisoren wurden gewählt: Finus und Schäfer; zu Martellbelegierten: Prothun und Wegfahrt. Kollege Wegfahrt berichtet darauf über das Resultat der Eingabe um Erhöhung der Löhne usw. vom Oktober v. J. Kollege Schäfer-Möhl hielt sodann eine längere Ansprache und gab der Hoffnung Ausdruck, daß im neuen Jahre auch in Varmen bessere Fortschritte gemacht werden. Die Marken- und Zeitungsausgabe erfolgt hinfort freitags von 7 Uhr ab bei Witwe Timme, Rosenstr. 5.

**Berlin II. (Anarisation).** Generalversammlung am 20. Januar 1906. Tagesordnung: 1. Die Sektion II im Jahre 1905 (Bericht der Sektionsleitung). 2. Diskussion. 3. Wahl der Sektionsleitung für 1906. 4. Die letzten Ausführgestaltungen: Kollege Schabel. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. — Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Hub. P. der von Station V in üblicher Weise. Darauf gab der Vorsitzende Edelstein einen Ueberblick über die Tätigkeit der Sektionsleitung, die im vorigen Jahre abgehaltenen Versammlungen und Referate, sowie die gefassten Beschlüsse. Im Anschluß daran erstattete Kollege Luz den Massenbericht und gab ein Bild der Mitgliederbewegung im verfloffenen Jahre; nachdem er noch die Kollegen zur regen Teilnahme an den Sektionsmasendball ermahnte, um so die Vermögensklasse wieder auf ihre alte Höhe zu bringen, und in der folgenden Diskussion die Versammlung ihre Zustimmung und Anerkennung der bisherigen Leitung ausgesprochen hatte, konnte zur Wahl geschritten werden. Die Sektionsleitung für 1906 setzt sich zusammen wie folgt:

Vorv. Kollege, Grüner Weg 84. Vorsitzender: Emil Jonas, Wasserthorstraße 23. Kassierer: Friedrich Daase, Postmeisterstraße 6. Schriftführer: Carl Schidlowski, Paul Buchs, Reisinger. Außerdem sind die Kollegen Rigide und Prandner zu Revisoren und die

Kollegen Schröder, Luz und Vredlow zum Vergnügungsomitee erwählt.

Zu Punkt 4 erklärte Kollege Schabel einen Bericht noch nicht geben zu können, weil die Ausschüßsitzungen noch nicht sämtlich stattgefunden hätten und die übrigen Protokolle auch noch nicht alle eingetauscht wären. Auf seinen Antrag wird diese Angelegenheit für eine spätere Versammlung zurückgestellt.

Aufgenommen wurden 9 neue Mitglieder.

Ebenfalls zurückgestellt mußte der Bericht der erweiterten Verwaltung werden, da derselbe zu lange Zeit in Anspruch nimmt, um genügend erledigt werden zu können. Danach ergriff Kollege Nesch das Wort. Er dankte der Versammlung für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und ermahnte die Mitglieder, ihn zu unterstützen, zu agitieren für den Verband und stets so zahlreich wie dieses Mal in den Versammlungen zu erscheinen. Mit einem Hoch auf den bisherigen Vorstand sprach seine Rede aus. Nach einer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache des Kollegen Schabel schloß Weßlin die gutbesuchte Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Berlin III. Versammlung am 28. Januar 1906. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung gab der Kassierer die Abrechnung der Sektionskasse. Einnahme (inkl. Bestand) 290,17 M., Ausgabe 113,35 M., Bestand 176,82 M. Darauf gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die letzte Sitzung der erweiterten Verwaltung. Zum dritten Punkt verlas der Kassierer die Antwort des Herrn Direktor Veer auf die Resolution vom 4. Dezember 1905.

In den Sektionsvorstand wurden gewählt: Vorsitzender Gustav Lohrengel, Mirdorf, Prinz, Hauptstr. 56; Schriftführer Johann Gottschke, Berlin N., Antlamerstr. 27; Kassierer Eduard Vollmann, Berlin O. 34, Ebertstr. 33.

Als Beitragsammler wurden gewählt: für Verstatt Kollege Miesjinski II, für Windmühlenberg Kollege Theimert, Weisend bleibt wie bisher Kollege Luedjeweit, für Vichtenberg Kollege Weder, für Kolonne Metel I Kollege Stengert, für Kolonne Westor Kollege Abrahamsohn, für Kolonne Ludwig Kollege Fritz Gwald, für das Bauamt (Kolonne Geisler) Kollege Piotrowski, (Kolonne Pusche) Kollege Goyve.

Als Redatoren wurden die Kollegen Eisenblätter und Heinrich Schmidt gewählt.

Abschluß wurde bekannt gegeben, daß am 11. März d. J. die Kollegen Grimming und Schulz II ihr 25-jähriges Arbeitsjubiläum feiern und beschloßen, sie in der üblichen Weise zu dem Tage zu ehren. Dann wurde über die wegen Beitragsrückstand ausgeschiedenen Mitglieder, wovon einige mehrere Unterstützungen bezogen haben, diskutiert. Diese miserable Drückererei und Infolklarität wurde gehörig gebrandmarkt. Die im letzten Halbjahr ausgeschiedenen waren folgende: Schlipf, Menzel, Rüdiger, Budach, Herrmann, Grimme, Gandle, Ehrentreich, John, Mayer, Syber, Hüffel, Schulz VI, Pror, Vehmman, Richter, Böttcher, Engelmann, Veising, Baetich I, Baetich II, Steinbacher, Jeliński, Sigismund, Keese, Paul, Durchsieber und Wolkeisil. Der Vorsitzende ermahnte die Mitglieder, im neuen Jahre doch recht tüchtig für den Verband zu agitieren, damit die Kollegen noch bessere Vorteile erringen als im letzten Jahre. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und den Verband schloß die Versammlung.

Berlin V. (Straßenreiner). Versammlung am Sonntag den 29. Januar. Anwesend waren etwa 600 Personen. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag: „Der Kampf ums tägliche Brot“, Referentin: Frau Vilm Braun. Die Referentin eröffnete ihren mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag mit den biblischen Worten: „Im Schwelge deines Angehts sollst du dein Brot essen“, und sie verband es, die gewaltigen Kämpfe der Menschheit ums Dasein zu skandern. Nach einigen historischen Nüchternheiten war die Referentin bald inmitten der brennenden Tagesfragen und zeigte an dem Bucherwöl, Militarismus und Marxismus, Kolonialpolitik und Sozialpolitik die Bevorzugung des Reichtes und die Entrechtung der Arbeit. Recht ausführlich wies Frau Braun auf die Heimarbeiter und Heimarbeiterausstellung eingehend, die grenzenlose Ausbeutung der Arbeit auf diesem Gebiete nach. Sie forderte die zahlreich anwesenden Frauen auf, mit den Männern Schulter an Schulter zu kämpfen um ein besseres Dasein. In der Diskussion wurde auch auf die Bedeutung der Arbeiterpresse hingewiesen und deren Unterstützung gefordert. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Müller stimmte die Versammlung in ein Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung ein. Nach der Versammlung trat die Geselligkeit in ihre Rechte und blieben unsere Kollegen mit ihren Damen noch lange bei Tanz und Fröhlichkeit beisammen.

Charlottenburg. Eine verhältnismäßig gut besuchte Versammlung der Gasarbeiter Charlottenburgs lagte am 31. Januar im Volkshaus. Hierzu hatte Stadtworordneter Dr. Vordardt das Referat übernommen. Der Referent bemerkte einleitend, daß im vergangenen Jahre ein Antrag eingebracht worden sei, die Arbeitszeit auf 9 Stunden festzusetzen. Dieser Antrag wurde einem Ausschüsse überwiesen und von diesem angenommen. Durch das Eingreifen des Magistratsvertreters bewies man ihn jedoch an die Kommission zurück. Hierbei gebrauchte aber die bürgerliche Majorität die Vorhülle, andere Vertreter in die Kommission zu wählen. Diese beschloß nun am 15. Februar 1906, Erhebungen anstellen zu lassen, ob die Verkürzung durchführbar sei. Dieser An-

trag stand am 31. Januar zur Beratung. Der Oberbürgermeister hat dabei zugegeben, daß er durch das Studium der einschlägigen Literatur gefunden habe, daß ein Streben auf Verkürzung der Arbeitszeit vorhanden sei. Von bürgerlicher Seite sind dabei manderlei positive Behauptungen aufgestellt worden. So z. B., daß eine Verkürzung der Arbeitszeit technisch undurchführbar sei. Ferner, die Direktion sei bestrebt, die Arbeitsleistung herabzusetzen. Darob allgemeines Staunen und Zwischenrufe bei der Versammlung.

Speziell auf seinen Vortrag eingehend, erläuterte der Redner eingehend die verschiedenen Perioden der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Widersinnige unserer heutigen Produktionsweise, die für die Arbeiter immer drückender werden muß, je größer und mächtiger die Kapitalisten werden. Wie sehr der Arbeiter Ursache hat, sich zusammenzuschließen, um eine Wegeginnung zu bilden, zeigte der Referent an vielen Beispielen. Der Arbeiter muß danach streben, die kapitalistische Produktionsform in eine sozialistische umzuwandeln. Redner Beifall lobte den Redner am Schluß seiner Ausführungen.

In der Diskussion sprachen sich alle Redner im Sinne des Referenten aus. Ein Redner tadelte das schwarobende Wesen mancher Kollegen. Da soll es vorkommen, daß Kollegen den Weiter bitten, Mohnenafford machen zu dürfen. Zum Schluß wurde noch bemerkt, unser Verband solle mehr Propaganda in Wort und Schrift machen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten, sich alle den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anzuschließen, dem auch verschiedene Kollegen nachsahen, wurde die Versammlung geschlossen.

Wörtlich. Eine hübsche Illustration dafür, wie man mit Arbeitern umspringt, dürfte folgender Vorgang sein. Im Dezember v. J. wurde bei der Straßenreinigung ein Arbeiter aus ganz wichtigen Ursachen entlassen. Eines Tages erhielt der Betreffende einen ziemlich abgemessenen Besen, welcher nach einiger Zeit gänzlich unbrauchbar wurde. Unserem Arbeiter blieb nichts weiter übrig, als sich einen anderen zu holen. Im Depot findet er den Herrn Hofverwalter Armann. Wahrscheinlich aus Ärger über die Zögerung in seiner bescheidenen Aube sucht nun unser Herr Hofverwalter den ganzen Haufen durch, um ja einen ganz „guten“ leichten Sorte herauszufinden. Eine halbe Stunde Arbeit und auch dieser Besen war unbrauchbar. Wohl oder übel mußte sich der Arbeiter einen anderen holen. Da kam er aber schon an, bei Herrn Herausgeber Meier nämlich. Ihm wurde erklärt, daß er den Besen mutwillig unbrauchbar gemacht habe; unser Arbeiter, unschuldig, wie er nun einmal war, bestritt dies. Das Ende vom Liede? Entlassung.

Unser Kollege bemühte sich um ein Zeugnis. Anfanglich verweigerte man ihm dies, jedoch auf erhobene Beschwerden und nach Anrufung des Gewerbegerichts, welches sich allerdings als nicht zuständig erklärte, wurde ihm ein Zeugnis erteilt. In diesem befindet sich nun folgender Passus: Die Entlassung erfolgte wegen mutwilliger Unbrauchbarmachung des Handwerkeszeuges, sowie wegen ungebührlichen Betragens. Das konnte der Entlassene nicht so ruhig hinnehmen, da er seiner Meinung nach unschuldig ist. Er wandte sich deshalb an den Magistrat, jedoch erfolglos. Am 5. Februar versuchte nun der Arbeiter in Gemeinschaft mit dem Vertreter des Verbandes beim Stadtrat Körner, als Dezernent für das Straßenreinigungswesen, die Ausstellung eines anderen Zeugnisses zu erlangen. Im Bureau entspann sich nun folgender Dialog:

Stadtrat: Sie sind Schulze?  
Schulze: Jawohl.  
Stadtrat (zum Verbandsvertreter): Und wer sind Sie?  
Auf die Erklärung des Vertreters sprach der Stadtrat: So, mit Ihnen habe ich nichts zu tun. Zu Schulze: Welche Arbeitsbedingungen hatten Sie?

Der Prandmeister: Kündigung bestand gegenseitig nicht.  
Stadtrat (zu Schulze): Haben Sie gehört, Sie hatten keine Kündigung. Was wollen Sie also?

Verbandsvertreter: Herr Stadtrat, die Entlassung erfolgte doch ohne nähere Untersuchung. Die Mitarbeiter des Entlassenen können bezeugen, daß er sich einwandfrei geführt hat, es . . .

Stadtrat (unterbrechend): Sie haben hier gar nichts zu sagen.

Schulze: Da ich doch nun entlassen bin, so verlange ich ein Zeugnis.

Stadtrat: Sie haben gar nichts zu verlangen. Sie waren nicht ständig, ich habe mich erkundigt, wir haben Ihnen aber ein Zeugnis ausgestellt, wir waren dazu nicht verpflichtet.

Verbandsvertreter (will sprechen).

Stadtrat: Sie haben gar nichts zu sagen.

Schulze: Da mir nun ein Zeugnis ausgestellt worden ist, so verlange ich, daß es auch den Tatsachen entspricht.

Stadtrat: Sie haben gar nichts zu verlangen; wenn Ihnen das Zeugnis nicht paßt, so zerreißen Sie es doch.

Verbandsvertreter: Ich möchte doch dringend erfordern, ein anderes Zeugnis auszustellen. Mit diesem hier ist es dem Mann unmöglich, andere Arbeit zu erlangen.

Stadtrat (erregt): Sie haben hier gar nichts zu sagen, hier bin ich Herr.



**Verbandsvertreter:** Herr Stadtrat, ich bin gekommen, um durch gütliche Verhandlung die Sache aus der Welt zu schaffen. In dieser Weise kommen wir zu keinem Ziel. Allerdings bin ich nicht gewöhnt, mich in dieser Weise behandeln zu lassen. Sie dürfen...

**Stadtrat** (sehr erregt): Hier habe ich das Hausrecht, und ich mache Gebrauch davon. Verlassen Sie sofort das Zimmer. (Inzwischen hatte der Herr Brandmeister schon das Telefon in Tätigkeit gesetzt.)

**Verbandsvertreter:** Bitte, bemühen Sie sich nicht. Ich gebe von selbst. Wir werden die Sache an anderer Stelle erledigen.

So der Verlauf der Verhandlung. Glaubt der Herr Stadtrat, mit seiner Ansicht wirklich Recht zu haben? Wir nicht. Die gerichtliche Entscheidung wird es ja beweisen. Und der wollen wir nicht vorgreifen.

Aber bezeichnend ist der Vorgang. Er beweist wieder, in welcher Weise die Herren mit Arbeitererfahrungen umspringen. Nach Art der Beherrschten wird verfahren. Ohne dem Arbeiter Gelegenheit zu geben, sich verteidigen zu können, ohne Zeugen zu verböden, lediglich auf die Angaben einer einzelnen Person entläßt man Arbeiter. Diese haben sich wohl einwandfrei geföhrt, aber es nicht verstanden, durch Schweisshedeln und Vohbudelei sich die Günst ihrer Vorgesetzten zu erwerben. Das sind Zustände, die einer Stadtgemeinde als Arbeitgeberin höchst unwürdig sind. Jede Stadtgemeinde, die auf ihren Ruf etwas hält, müßte Vorkehrungen treffen, um solche Vorgänge zur Unmöglichkeit zu machen.

Auf diesem Gebiet bleibt noch sehr viel zu tun übrig. Es wird noch harter Arbeit bedürfen, ehe städtische Betriebe in jeder Beziehung als Musterbetriebe bezeichnet werden können.

Ihr städtischen Arbeiter aber, Ihr selbst habt es in der Hand, diese gegenwärtigen Zustände zu beseitigen. Trebet ohne Ausnahme Eurer Organisation bei, stärkt sie in jeder Hinsicht. Der Erfolg bleibt nicht aus.

**Mün.** Die am 20. Januar stattgefundene Generalversammlung erkrönte sich eines guten Besandes. Kollege Schäfer gab den Jahres- und Massenbericht. Das Jahr 1905 schloß mit einer Mitgliederzahl von 302 ab, welche Zahl sich bis jetzt über 400 vermehrte. Zum Vorigenden wurde wieder Kollege Kaufenberg gewählt mit der Maßgabe, daß derselbe sich im laufenden Geschäftsjahr mehr den Verbandsgeschäften widme, wie im vergangenen. Da Kollege Kaufenberg seinen Posten als Kartellvorsitzender niederlegen wird, so ist nicht daran zu zweifeln, daß er dem Wunsch der Kollegen Rechnung tragen wird. Nach erfolgter Vorstandswahl wird in gleicher Abstimmung mit 101 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschloffen, ab 1. Februar den wöchentlichen Beitrag von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen. Der Mehrertrag soll zur Unterstützung des Verbandsekretariats und zur Einführung einer Krankenunterstützung verwendet werden. Nach einem Schlusswort des Kollegen Schäfer wurde die Versammlung geschlossen. — Die Filiale macht erfreulichen Fortschritt und ist zu hoffen, daß derselbe ein steter bleibt.

**Magdeburg.** Unsere erste regelmäßige Mitgliederversammlung dieses Jahres wurde am 20. Januar, wie üblich, im Lokal von H. Vater abgehalten. Derselbe wurde mit einem Vortrag des Hilfskassierers Th. eingelitet. Der Referent sprach über Religion, Sozialismus und Proletariat. Die Ausführungen, die darin gipfelten: nicht bitten und beten, sondern fleißig organisieren, wurden mit Beifall entgegengenommen. Der Hilfskassierer erstattete den Rechenschaftsbericht über die Massenverhältnisse vom letzten Vierteljahr. Die Filialkasse enthält einen Bestand von 1140,95 Mk. Die Mitgliederzahl hat 400 überschritten. Nach Verlesung der Namen der auscheidenden Mitglieder wünscht der Berichterstatter, daß das Jahr 1906 im Punkt Mitgliederzuwachs noch weit über das vergangene Jahr hinauszuge. Nach Bericht der Revisoren wird der Kassierer entlastet. — Die Poeschlauer Vorgänge gaben Stoff zu reger Diskussion. Es wurde betont, daß es gelte Vorkehrungen zu treffen, die den Verband in etwaigen künftigen ähnlichen Fällen aktionsfähig machen, als er es jetzt ist. Der Anregung der Sektion der Straßeneinigung, am 1. Tierfeiertag das Stijungsfest abzuhalten, konnte nicht entsprochen werden, da an diesem Tage ein passendes Lokal nicht zu haben war. Nur der Luisenpark konnte in Frage kommen und der Saal war bis dahin verkauft. Weil die Lokalfrage jetzt in Magdeburg eine brennende ist, werden die Kollegen gebeten, Nachsicht zu üben. Auf Anregung des Kollegen S. wird beschloffen, am: 24. Februar d. J. im Saale des Dreifaltigebund ein Wintervergägen zu veranstalten. Der Kartenverkauf zu demselben findet schon jetzt statt. Es wird um rege Beteiligung gebeten. Der Kollege N. wünscht zur Errichtung eines Agitationskomitees zu schreiben. Acht Kollegen werden aus der Mitte gewählt. Diese Kollegen sollen, wenn erforderlich, zu bestimmten Versammlungen einladen referieren.

**Schöneberg-Berlin.** Versammlung am 20. Januar. Kollege Heintze sprach über die Bedeutung des Verbandstages und verbreitete sich sodann über das Unterrichtungswesen, Verbandsprogramm u. a. m. Die Diskussion gestaltete sich recht rege und die Kollegen traten für den Ausbau des Unterrichtungswesens ein. Eine Beitragserhöhung sei dabei etwas ganz selbstverständliches, aber davon habe die Bewegung den größten Nutzen. Die Abrechnung

vom Herbstvergägen ergab einen Ueberschuß von 54,80 Mk., der zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kollegen verwendet werden soll. Nach Erledigung einiger Wähler fand die Versammlung ihren Schluß.

**Stettin.** Am 31. Januar hielten die Vaterneuwärter, Justizkassierer und Helfer des Aufwendendienstes eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshause ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Das Verhalten der Stadt Stettin gegenüber den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter. Referent Kollege Kollack. 2. Freie Diskussion. Kollege Kollack entledigte sich seiner Aufgabe recht wirksam. Die Versammlung beschloß in einer Resolution, unter den Vaterneuwärtern und sonstigen Außenbetriebsleuten eine intensive Agitation zu entfalten.

— Sektionsversammlung der Straßeneiniger. Nach einem Rückblick auf das verfloßene Jahr 1905 wurde die Sektionsleitung neu gewählt, und zwar: Zielaff, Meißel und Grabow. Darauf gab Kollege Kollack bekannt, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung für städtische Arbeiter stattfinden und daß jetzt schon die Kollegen dafür Propaganda entfalten müßten. Nach Erledigung immerer Angelegenheiten Schluß.

**Strasbourg.** Versammlung am 18. Januar 1906. Die Generalversammlung war gut besucht. Zunächst war an der Tagesordnung der Tätigkeitsbericht des Vorstandes, welcher vom Kollegen Rittmann gegeben wurde. Daraus ließ sich ersehen, daß unsere Filiale einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. Der folgende Punkt, Massenbericht, wurde, da der Kassierer Hoffmann dienstlich verhindert war, ebenfalls vom Kollegen Rittmann gegeben. Am Schlusse des Jahres blieb ein Bestand von 62,83 Mk. in der Filialkasse. Sodann wurde der Gesamtvorstand entlastet. Daß die Mitglieder mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden sind, ergab sich aus den darauf folgenden Wahlen, wobei der gesamte Vorstand wiedergewählt wurde. Kollege Schwab wurde dem Vorstand als 2. Weisiker beigegeben, weil allgemein zugesehen wurde, daß Kollege Rittmann zurzeit stark mit Arbeit überlastet ist und dringend einer Weihilfe bedarf. Unter Punkt Verschiedenes wurden einige Interna erledigt. Unter anderem kam auch die Tätigkeit des Arbeiterauschusses zur Sprache, wobei Kollege Rittmann empfahl, über diese noch kein abschließendes Urteil zu fällen, sondern abzuwarten, wie der Neugeborene sich entwickelt. Die Straßburger Gemeindegewerkschafter seien immer mehr und mehr ein, daß das Bestehen einer Organisation für sie etwas Unerläßliches ist, wenn auch noch immer Kollegen darunter sind, die glauben, auch ohne eine solche bestehen zu können. Es ist zwar vorteilhaft, sich von anderen die Maschinen aus dem Feuer holen zu lassen, aber wie sich das mit dem Ehrgefühl verträgt, interessiert diese Sorte von Menschen nicht im geringsten. Jedoch: gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. Die Hauptfrage für uns ist, die Filiale hat sich in der kurzen Zeit derart entwickelt, daß eine Unterdrückung à la Starke schlechterdings zu den Unmöglichkeiten gehört.

**Wiesbaden.** Versammlung vom 1. Februar. Die Verantwärtung für die Unterfasserer wurde auf 8 Proz. bemessen. In das Kartell wurden die Kollegen Rudy und Weber gewählt. Ueber den Stand der Lohnbewegung auf dem Gaswerk berichtet Kollege Ph. Schäfer. Die bisherigen mit dem Magistrat gehaltenen Sitzungen hätten noch kein befriedigendes Ergebnis gezeigt. Bezüglich der Entlassungen (Einschränkung der Arbeiterzahl, wodurch dem einzelnen Arbeiter ein größeres Arbeitsquantum auferlegt wird) habe der Oberbürgermeister erklärt, daß daran nichts geändert werden könne. Es kamen mehrere Beschwerden zur Sprache. Der Herr Ingenieur behandelte die Arbeiter sehr schlecht. Die Protokolle der Arbeiterauschuss-Sitzungen seien milde angebrocht, sehr unklar und unvollkommen. Ihr Inhalt decke sich nicht mit dem tatsächlichen Verlauf der Verhandlungen. Nach Erledigung einer Anzahl interner Angelegenheiten und Hinweis auf den nahenden Verbandstag wurde die Versammlung geschlossen.

### Vermischtes.

**Vereinsimperei.** In München nicht die Vereinsmeierei in hoher Blüte; besonders zahlreiche sogenannte Mitter-Vände versammeln allwöchentlich ihre Getreuen — oft recht krautiger Gestalt — mindestens einmal in ihrer „Purg“, um auf dem Gebiete des höheren Widsinns Triumphe zu feiern. Zwei so edle Medien gerieten sich kürzlich in der Purg — einem Gasthaus an der Traudlsstraße — bedeutend in die Haare. Schuft, Densler und sonstige Schmiedeleuten flohen hin und her. Einer der Belästigten, „Archibald von Ziegenfeld“, Großmeister zu Ziegenfeld, veranlaßte darauf, daß sein Gegner „Munz von Munzenstein, vormals Mangelar zu Ziegenfeld“, aus der Mitterkassiererschaft ausgeschlossen wurde. Damit noch nicht zufrieden, bemühte sich „Archibald von Ziegenfeld“, Großmeister von Ziegenfeld“, um die Genehmigung, seinem ferchtlichen Gegner, dem „Munz von Munzenstein“, im Armentrecht den Prozeß zu machen. Dem Gesuche wurde stattgegeben und gestern rüdten tief ergrimmt die tapferen Kämpen an. Dem Amtsrichter gelang es mit großer Mühe, die spumeeindlichen Mitter wieder zu veröhnen. Der Verlauf des Prozeßes soll in dem in Salzburg erscheinenden Organ der Mitterkassiererschaft veröfentlicht werden und hat folgenden

Werkant: „Mitter hört! Archibald von Finsterod, Großmeister zu Siegenfeld, und Muz von Munzenstein, vormals Kanzler zu Siegenfeld, haben sich gegenseitig in ritterlicher Angelegenheit vereinigt und nehmen gegenseitig die vor mehreren Meiden gebrauchten Heueremachen zurück. Damit hat die Fehde der beiden Meiden ihr Ende gefunden und ist der Ausschluß des Muz von Munzenstein aus der Burg Siegenfeld hiermit aufgehoben.“ — „Süher geht's nimmer, Bemert sei, daß der Großmeister „Archibald von Finsterod“ ein Pader und „Mitter Muz von Munzenstein“ ein Gasarbeiter ist. Wir meinen, die beiden Arbeiter hätten Nüchlicheres zu tun, als solche Hanswurstereien zu treiben.

**Sprechsaal.**

**Erklärung.** In Nr. 3 der „Gewerkschaft“ wird unter dem Titel „Wie eine Arbeiterdeputation in Berlin vom Bürgermeister empfangen wird“ eine Notiz veröffentlicht, welche nach Form und Inhalt geeignet ist, irriige Vorstellungen über unseren Verkehr mit der Behörde namentlich außerhalb Berlins hervorzurufen.

Gegenüber dem Einsender stellen wir fest, daß die Organisation und ihre Vertreter in Berlin ebenso wenig wie in Breslau offiziell anerkannt werden, daß vielmehr eine Magistratsverfügung existiert, wonach die einzelnen Verwaltungen nicht mit den Organisationsvertretern verhandeln dürfen. Ebenso wenig verhandelt der Magistrat offiziell mit dem Verbands.

Was nun die Verhandlung der Ausschußmitglieder mit Herrn Bürgermeister Dr. Meide selbst anbetrifft, so dürfen dabei zwei Dinge nicht außer acht gelassen werden, welche diese Angelegenheit in einem wesentlich anderen Lichte zeigen. 1. In Herr Dr. Meide Vorsitzender der Partdeputation und hat augenscheinlich die Ausschußmitglieder in dieser Eigenschaft empfunden. 2. Satten die Ausschußmitglieder worunter bezeichnenderweise auch ein Unorganisiertes das Bedürfnis, ein wenig aus der Reihe zu tanzen, und das ist bekanntlich den Herren da oben nicht selten recht angenehm.

Aus allen diesen Gründen müssen wir dieser Audienz jede symptomatische Bedeutung absprechen und so ersichtlich eine entgegengesetzte Haltung der höchsten Behörde gegenüber der Organisation wäre, bis jetzt ist in Berlin sehr wenig davon zu verspüren gewesen. Wir sind also nach wie vor auf die Stärke und Weisheit unserer Organisation angewiesen, welche zum Wuchsfaktor zu gestalten unsere Hauptaufgabe sein muß.

Der Vorstand der Filiale Groß-Berlin.

**Antwort der Sektionsleitung Berlin XV.**

Zur Klarstellung des Sachverhaltes stellen wir fest:

1. Die Deputation der Arbeiter ging als Arbeiterauschluß zum Bürgermeister in dessen Eigenschaft als Vorsitzender der Partdeputation.

2. Der Arbeiterauschluß wurde in der Sektionsversammlung am 14. November 05 beauftragt, beim Bürgermeister Meide vorstellig zu werden, da die Forderungen der Partdeputation, um die es sich hier handelte, wiederholt von der Partdeputation abgelehnt worden waren.

3. In dieser Versammlung vom 14. November 05, welche den Arbeiterauschluß beauftragte, beim Bürgermeister vorstellig zu werden, war als Vertreter des Filialvorstandes Mollate Hoffmann vom Ortsbureau anwesend. Mollate Hoffmann hatte aber kein Wort der Erwähnung gegen diesen Antrag bezug. Beschluß in der Versammlung vorgebracht. Es war für uns somit selbstverständlich, daß wir den Filialvorstand bezug. das Ortsbureau als unvertreten erachteten.

4. Mollate Hoffmann ist fast in jeder Versammlung gewesen und ist von allen Vorgängen in der Sektion genau unterrichtet.

5. Ohne Beschluß der Sektionsversammlung ist keine Maßnahme getroffen worden.

6. Von einem „Außerordentlichen“ kann gar keine Rede sein und fühlen die Mitglieder der Sektion XV (Partarbeiter) dazu auch keinen Bedürfnis. Der ganze Vorgang spielte sich im Rahmen der Organisation ab, und kein Mitglied unserer Sektion glaubt daran, daß etwa gegen das Statut oder gegen die Verbandsinteressen dadurch verstoßen worden ist.

7. Ein Mitglied des Arbeiterauschlusses, das mit bei der Audienz war, ist nach der Audienz als Verbandsmitglied wegen rückwärtiger Beiträge gestrichen worden. Der betr. Kollege war lange Verbandsmitglied und früher Sektionsleiter.

8. Der Arbeiterauschluß hat die Bedeutung der Stärke und Geschlossenheit der Organisation nach seinen Augenblick angewendet, wofür auch der Umstand spricht, daß er jetzt in diesem Sinne wirkt.

9. In der Versammlung vom 2. Dezember 1905 erhaltete Mollate und Sektionsleiter Print Bericht von der Mission des Arbeiterauschlusses. (Siehe „Gewerkschaft“ Nr. 2/05 Spalte 68.) Bei dieser Berichterstattung war Hoffmann wieder zugegen und hat

namentlich des Filialvorstandes nichts in der Sache zu erinnern gehabt. Im Gegenteil. Er lobte sehr den Arbeiterauschluß und sagte, daß kein Arbeiterauschluß so erfolgreich arbeite wie der Arbeiterauschluß der Partverwaltung.

10. Die Audienz hatte ihren Zweck insofern erreicht, als daß eine Sache, die schon auf absehbare Zeit endgültig abgelehnt und begraben war, wieder von neuem aufgenommen und zur Behandlung gebracht worden ist. — Das ganze Vorkommnis wäre wohl niemals von einem Ausschußmitglied in der Form behandelt worden, wie in Nr. 3 der „Gewerkschaft“ geschehen, wenn nicht gerade die Behandlung einer Arbeiterdeputation durch den Breslauer Oberbürgermeister alle Welt so empört hätte. — In der Versammlung der Filiale Groß-Berlin ist die Audienzgeschichte, die für uns in großen und ganzen sonst herzlich wenig zu sagen hat, als ein Zeichen von Baulustigkeit und serviler Kriecherei hingestellt worden. Das ist natürlich in keiner Beziehung zutreffend und enthält eine grobe Beleidigung der ganzen Sektion XV, die ihre Sektionsleitung, die im Arbeiterauschluß vertreten ist, mit dem Schritte beauftragte. Wir haben uns beim Bürgermeister so benommen, wie es organisierten Arbeitern geziemt und wir haben uns in keiner Weise dadurch etwas vergeben, ebensowenig wie der Bürgermeister, der uns empfangen hat.

E. Brink. C. Hammer.

**Anzeigen.**

**Totenliste des Verbandes.**

**Chr. Burkhart, Göttingen**  
24. Januar 1906 im Alter  
von 70 Jahren.

**Johann Wilschke, Berlin VII**  
7. Februar 1906 im Alter  
von 53 Jahren.

**Klara Viehke, Berlin XIII**

† am 9. Januar 1906 im Alter von 36 Jahren.  
Chre ihrem Andenken.

**Dresden.**

**Unsere Geschäftsräume**

befinden sich jetzt

**Ritzenbergstr. 2 III**

Zimmer 35.

Die Ortsverwaltung Dresden.  
Bezirks-Bureau Dresden.

**Filiale München.**

Unserem ältesten Mitgliede,  
ehemaligem Vorstand und  
Gründer der Filiale

**Joh. Pfannholzer**

zum 25-jähr. Dienstjubiläum  
die besten Wünsche

**Gemeinde-Arbeiter-Verband**

Zweigbureau München, Marienhilfsplatz 33 I

Telefon 3778

**Einladung**

zu dem am 24. Februar 1906 (Faschingstag) im Kolosseum,  
Tahn-Strasse, im oberen neuntenvierten Saal stattfindenden

**Faschings-Ball**

Musik ausgeführt: Kapelle „Savaria“.

Für amüsante Unterhaltung und viel Tanz ist bestens Sorge  
getrogen. „Die Follerkammer“ Zeichenwürdigkeit I. Ranges  
noch nie da gewesen.

Anfang 8 Uhr \* Masken erwünscht \* Ende ???

Eintrittskarten im Vorverkauf 20 Pfg., an der Abendkasse 30 Pfg.  
Tanzzeichen 30 Pfg.

Freunde, Kollegen und Gönner herzlich willkommen.  
karten sind bei den Bekanntheitsstellen zu haben. Das Komitee.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der in Gemeinde und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten G. Rymann, Gesamtverleger Redaktions: G. Bürger, beide Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24. — Druck: Borsworts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zenger & Co., Berlin SW. 65, Lindenstr. 63